

DKP-Informationen

Nr. 4/2016 - 10. Juni 2016

4.Tagung des Parteivorstandes 4./5. Juni 2016

Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

4. Tagung des Parteivorstands der DKP

4./5. 2016, Hannover

Inhalt

1. Tagesordnung
2. „Zu aktuellen Fragen und dem Herangehen an die Bundestagswahlen 2017“
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
3. Bericht vom 22. Bundeskongress der SDAJ
Jann Meier, Bundesvorsitzender der SDAJ
4. Beschlüsse

Tagesordnung

1. Begrüßung und Beschlusskontrolle
2. Referat und Diskussion zu aktuellen Fragen und dem Herangehen an die Bundestagswahlen 2017
3. Pressearbeit der DKP
4. Kommissionen des PV
5. Bericht vom 22. Bundeskongress der SDAJ
6. UZ-Pressfest
7. Weitere Beschlüsse
8. Schlusswort

4. Tagung des Parteivorstands der DKP

4./5. Juni 2016, Hannover

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Zu aktuellen Herausforderungen und dem Herangehen an die Bundestagswahlen 2017

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

für rund 15 Prozent aller in der Bundesrepublik bestehenden Arbeitsverhältnisse, also für rund sechs Millionen Beschäftigte, haben die beiden größten Gewerkschaften Ergebnisse erzielt. Ver.di forderte für den Bereich von Bund und Kommunen 6 Prozent und die IG Metall für den Bereich der Metall- und Elektroindustrie 5 Prozent Lohnerhöhung bei jeweils einer Laufzeit von zwölf Monaten.

Ver.di erzielte einen Abschluss in Höhe von 2,4 Prozent ab dem 1. März 2016 und 2,35 Prozent ab dem 1. Februar 2017 mit einer Laufzeit von 24 Monaten. Leider hält der Medienunsinn nun auch in den Gewerkschaften Einzug. Es wurden nicht 4,75 Prozent ausgehandelt, sondern im Verhältnis zur Forderung von 6 Prozent auf 12 Monate sind es gerade mal 2,4 Prozent. Die lange Laufzeit, mit einer weiteren Erhöhung nächstes Jahr, macht das Ganze für die Unternehmer kalkulierbarer und für die Beschäftigten riskanter. Erfolgreich abgewehrt werden konnte der Angriff auf die betriebliche Altersversorgung, die letztlich zu einer Rentenkürzung geführt hätte. Ein weiteres wesentliches Ergebnis dieser Tarifverhandlung ist eine neue Entgeltordnung, mit der rund 1.800 von rund 4.000 Tätigkeitsmerkmalen neu bewertet werden. Damit wurde zunächst erfolgreich ein Abwehrkampf insbesondere bei den Kommunen geführt, die Verschlechterungen gefordert hatten. Die mit der Entgeltordnung entstehenden Mehrkosten werden jedoch paritätisch aufgebracht. Anders ausgedrückt: es findet eine Umverteilung innerhalb des bestehenden Vergütungssystems dadurch statt, dass ver.di sich bereit erklärte, die Jahressonderzahlung um 4 Prozent abzusenken und drei Jahre lang nicht zu erhöhen. Damit werden immerhin die Mehrkosten zur Hälfte durch Verzicht der Beschäftigten kompensiert. In einem weiteren wichtigen Bereich konnte eine Einigung nicht erzielt werden; nämlich in einer tariflichen Ausschlussregelung für sachgrundlose Befristungen.

Die IG Metall erzielte einen Abschluss in zwei Schritten in Höhe von 2,8 Prozent ab 1. Juli 2016 und 2 Prozent an dem 1. April 2017 sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro. Die Laufzeit beträgt 21 Monate. Auch das hat mit 4,8 Prozent, wie es verkauft wird, nichts zu tun. Als ein Erfolg muss erwähnt werden, dass die IG Metall eines ihrer Ziele erreicht hat, nämlich wieder mehr Beschäftigte in den Tarifvertrag zu holen. Zum ersten Mal bezog sie in der Auseinandersetzung auch Betriebe in die Tarifrunde ein, die keinen Tarifvertrag haben. Immerhin konnte die IG Metall seit Anfang des Jahres in 40 Betrieben einen Tarifvertrag abschließen, während in etwa 100 Betrieben derzeit noch Verhandlungen laufen. Kritisch zu betrachten ist die im Tarifvertrag vereinbarte Regelung, dass die Betriebe bei den Tarifvertragsparteien im Fall einer wirtschaftlichen Schiefelage eine Abweichung von der Tariferhöhung beantragen können. Zwar ist diese begrenzt, sie bedeutet aber schon jetzt einen Lohnverlust, wenn eine solche Schiefelage in der Zukunft eintritt. Oder anders ausgedrückt bei wirtschaftlichem Misserfolg muss die Arbeiterklasse bluten, weniger jedoch das Kapital. Vor dem Hintergrund, dass allein die börsennotierten Unternehmen in 2015 einen Gewinn vor Zinsen und Steuern von 41,3 Milliarden Euro erzielt haben, ist ein Abschluss mit einem Gegenwert von gut geschätzt 4,5 Milliarden Euro nicht gerade als besonders erfolgreich einzuschätzen. Betrachtet man die Reallohnverluste vergangener Jahre, erinnert man sich daran, dass früher die Faustformel galt: Inflationsausgleich plus Produktivitätssteigerung plus Umverteilung, dann sind wir davon sehr weit weg.

Diese beiden Tarifrunden liefern relativ zeitgleich ab. Noch in der letzten Parteivorstandstagung hatten wir darauf hingewiesen, dass diese Situation die Möglichkeit bietet, dass es zu gemeinsamen Aktionen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Metall- und Elektroindustrie kommen müsste. Um wie viel besser die Ergebnisse gewesen wären, können wir nur erahnen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Gesundheitswesen wird mit den Kämpfen um Personalbemessung endlich gefragt, wie viel Personal für ein Gesundheitswesen notwendig ist, das für Patienten und Beschäftigte erträglich ist – anstatt zu fragen, was sich rentiert. Ein wichtiger Schritt.

Sehen wir uns hierzu zunächst die Ergebnisse von drei Untersuchungen an: 2013 wurde in 200 Krankenhäusern durch ver.di ein Personalcheck durchgeführt. Die Beschäftigten wurden befragt. Das Ergebnis ist so erschütternd wie eindeutig: hochgerechnet auf die Gesamtzahl der Beschäftigten und Krankenhäuser fehlen bundesweit 162.000 Vollzeitstellen, das sind knapp 20 Prozent aller Vollzeitstellen in Krankenhäusern in Deutschland. Auf die Pflege entfallen 70.000, unter allen anderen Dienstarten, also zum Beispiel im ärztlichen Dienst, im medizinisch-technischen Dienst oder in der Haustechnik 92.000 Stellen. 2015 besuchte ver.di 237 Krankenhäuser mit insgesamt etwa 2.800 Bereichen, in denen regelmäßig Nachtdienst geleistet wird, damit wurden etwas mehr als 11 Prozent aller Kliniken erreicht. Und auch hier sind die Ergebnisse mehr als erschreckend. Auf fast 56 Prozent der Stationen arbeitete eine Fachkraft allein, sie musste durchschnittlich 25 PatientInnen versorgen. Knapp 60 Prozent der Beschäftigten zeigten auf, dass durch mehr Personal gefährliche Situationen hätten verhindert werden können. Mehr als drei Viertel aller Befragten gaben an, in der letzten Nachtschicht keine ungestörte Pause gehabt zu haben. Und auch der Fachstandard, dass eine Intensivpflege-Fachkraft zwei Patientinnen betreut, wird nur auf wenigen Intensivstationen (8 Prozent) eingehalten. Auf rund 92 Prozent der Stationen musste eine Pflegekraft drei und mehr Patientinnen betreuen.

Nur wenige Tage alt ist die aktuellste Untersuchung. Hier wurden die Beschäftigten in 295 Krankenhäusern zum Thema Überstunden befragt. Das Ergebnis: Die Beschäftigten in den Krankenhäusern schieben 35,7 Millionen Überstunden vor sich her, also 32,5 Überstunden pro Person. Ursache ist ein Personalmangel, der dazu führt, dass zur Aufrechterhaltung der Versorgung im Durchschnitt vier Überstunden pro Beschäftigten schon im Voraus in die Dienstpläne eingestellt werden. Hinzu kommen zwölf unvorhersehbare Überstunden pro Beschäftigten und Monat. Anders ausgedrückt: die Pflegekräfte müssen 10 Prozent ihrer Arbeitszeit Monat für Monat zu einem nicht planbaren Zeitpunkt erbringen. Ohne das zusätzliche Engagement des Pflegepersonals würde das System Krankenhaus nicht mehr funktionieren. Nach Berechnungen von ver.di sind

17.800 zusätzliche Stellen in den Krankenhäusern notwendig, um Überstunden dauerhaft zu vermeiden. Gleichzeitig wird das Pflegestellenförderprogramm der Bundesregierung kritisiert, mit dem in den nächsten Jahren lediglich nur bis zu 6.200 zusätzliche Stellen finanziert werden sollen.

Für diese Missstände können mindestens zwei Ursachen genannt werden: Zum einen die Einführung von Fallpauschalen (DRGs), in deren Folge vor allem die Anzahl der Pflegekräfte in den Krankenhäusern gesunken, die Fallschwere („Wie krank sind die Patientinnen?“) und die Fallanzahl („Wie viele Patientinnen werden gepflegt?“) jedoch gestiegen ist. Zum anderen die Privatisierung von Krankenhäusern, die dazu führt, dass die Krankenhäuser im Wettbewerb untereinander Profite erwirtschaften müssen, und das unter anderem durch Personalabbau und Fachkräfteschwund erreicht wird.

Aufgrund der dargestellten erschreckenden Ergebnisse will ver.di jetzt für einen „Tarifvertrag Entlastung“ die Weichen für einen Arbeitskampf im Herbst diesen Jahres stellen. Die Kolleginnen und Kollegen bei der Charité haben einen ersten wichtigen Erfolg errungen und wichtige Erfahrungen gesammelt. Im Saarland bereitet ver.di sich auf einen Kampf vor, der die einzelbetriebliche Ebene verlässt und alle 21 Krankenhäuser umfasst – eine wichtige neue Qualität, die das Auspielen untereinander verhindern kann. Neue Erfahrungen werden mit der Verwurzelung des Kampfes an der Basis gemacht. Über Tarifberater werden auch (noch) unorganisierte Kolleginnen und Kollegen einbezogen. In Hamburg wurde Anfang dieser Woche durch den ver.di-Vorstand beschlossen, initiativ zu werden. Es soll eine Bewegung durch ein breites Bündnis bzw. Netzwerk bis weit in bürgerliche Gesellschaftsschichten und unter Einbindung bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vorangetrieben werden. Diese Bewegung soll einerseits das öffentliche Klima positiv beeinflussen, und andererseits die Tarifauseinandersetzung der Gewerkschaft aktiv begleiten.

Da bietet sich unser Sofortprogramm doch nicht nur an, es passt wie die Faust aufs Auge. Wir fordern die Einstellung der fehlenden 162.000 Stellen im Gesundheitswesen, wir fordern die Beseitigung des Investitionsstaus in den öffentlichen Krankenhäusern, wir sagen, wo das Geld zu holen ist. Damit können wir wunderbar einsteigen und wir können weitergehen. Gesundheit darf keine Ware sein – diese Diskussion muss beginnen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

gestern wurde im Bundestag das sogenannte Integrationsgesetz beschlossen. Es reiht sich ein in die würdelose, unmenschliche Gesetzesreihe, mit der das Asylrecht ausgehöhlt und faktisch abgeschafft wurde. Jetzt kommen die Sanktionen und, damit es sich lohnt, mehr sogenannte „Gemeinwohlarbeit“, besser bekannt als Ein-Euro-Jobs. Schlimm, immer wieder Frau Nahles zu sehen, wenn sie Einigungen und Gesetze bejubelt, die nichts anderem dienen als der Verschärfung der Ausbeutung oder der Verschärfung der Spaltung als Vorstufe zur Verschärfung der Ausbeutung.

Dieser Politik müssen wir immer und immer wieder unsere Losung „Unsere Willkommenskultur heißt gemeinsam kämpfen!“ entgegensetzen. Die haben wir nun auch mit Inhalt gefüllt. Das Sofortprogramm lässt sich da sehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute vor einer Woche feierten wir in Büchel vor dem Fliegerhorst und Atombombenlager unser Friedensfest. Dabei waren Genossinnen und Genossen aus Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, SDAJ'ler und Freundinnen und Freunde der Freidenker. Das Haupttor war blockiert, diesmal durch die Bundeswehr selbst, die es zügig dicht machte, als wir morgens ankamen. Am Vortag mussten wir das noch selber machen und konnten für mehrere Stunden zwei der vier Tore blockieren.

Begonnen hatten wir am Donnerstag mit einer Mahnwache, so dass wir drei Tage in Aktion waren. Das hat allen Spaß gemacht und Kraft gegeben, das hat ausgestrahlt. Wir waren uns einig, der Kampf gegen Atomwaffen auf deutschem Boden, der Kampf für das weltweite Verbot von Atomwaffen muss verstärkt werden. Im nächsten Jahr wollen wir das größer aufziehen. Unser Ziel und unser Versprechen, dass wir vor Ort abgegeben haben, heißt: 2017 macht die DKP alle vier Tore dicht. Das wird uns gelingen, wenn wir noch mehr mobilisieren.

Unsere Aktion war Teil der Kampagne, die dieses Jahr 20 Wochen lang daran erinnert, dass in Büchel mindestens 20 Atombomben mit einer mehrhundertfachen Zerstörungskraft der Hiroshimabombe lagern. Und das, obwohl der Bundestag im Jahr 2010 mit den Stimmen aller Parteien den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden beschlossen hat. Sowohl die Existenz dieser Atomwaffen, als auch der Widerspruch oder besser die Lüge dieses Beschlusses sind in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt. Und viel zu wenig bekannt ist, dass auch für die Zukunft keines-

wegs die Umsetzung dieses Beschlusses, sondern im Gegenteil atomare Hochrüstung geplant ist. Denn diese Bomben sollen modernisiert werden. In rund zehn Jahren sollen sie durch eine neue Generation ersetzt werden. Sie soll nach ihrem Abwurf steuerbar und in der Lage sein, wesentlich besser unterirdische Ziele zu treffen. Ihre Zerstörungskraft soll skalierbar sein. Die neue Generation soll also militärisch wesentlich besser einsetzbar sein. Damit wird ihr Einsatz im Kriegsfall wesentlich wahrscheinlicher. Das muss verhindert werden, das Teufelszeug muss weg. Deshalb: Auch 2017 auf nach Büchel!

Büchel steht auch dafür, dass auch der deutsche Imperialismus indirekt den Zugriff auf Atomwaffen hat. „Nukleare Teilhabe“ ist die Begrifflichkeit. Übersetzt heißt das, deutsche Tornadopiloten üben die Abwürfe, die Entscheidung und die Zündcodes liegen derzeit noch bei der NATO und den USA.

Unsere Aktion hat allen Beteiligten Kraft gegeben und wir möchten uns auch hier im Parteivorstand nochmal herzlich für die tolle und ungemein solidarische Betreuung durch die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Kampagne bedanken. Danke Elu, danke Marion!

Noch vor unserem Pressefest steht ein weiterer Höhepunkt der Aktivitäten der Friedensbewegung an. Am 11. Juni ist eine Menschenkette von Kaiserslautern nach Ramstein geplant. Ramstein ist neben Büchel ein weiterer Kulminationspunkt der Kriegstreiberei der NATO. Über Ramstein und Büchel läuft die NATO-Kriegspolitik im Nahen Osten und die deutsche Beteiligung daran. Büchel steht für die nukleare Teilhabe Deutschlands im Rahmen der NATO, steht für deutsche Tornados im Syrienkrieg. Ramstein steht für den Drohnenkrieg und die Koordination der Umzingelung Russlands. Deswegen rufen wir dazu auf, sich am 11. Juni an der Menschenkette zu beteiligen. Die Friedensbewegung plant für den 3. Oktober eine Doppelaktion in Kalkar und in Essen. In Kalkar an der Kriegszentrale und in Essen gegen die Kriegstreiberkonferenz der JAPCC. Bereits am Wochenende danach wird dann, wie wir bereits informierten, am 8. Oktober eine bundesweite Großaktion der Friedensbewegung stattfinden. Detailliertere Planungen werden am 2. Juli in Dortmund verabredet werden. Wir werden also beim Pressefest aus erster Hand erfahren, was geplant ist und werden dann die Kraft des Pressefests nutzen, um sofort in die Mitwirkung bei der Umsetzung einzusteigen.

Die Friedensbewegung plant also einen sehr intensiven Herbst und das ist auch notwendig. Das beweist nicht zuletzt auch das neue Weißbuch der

Bundeswehr. Dort wird sowohl der aggressive Kurs gegenüber Russland fortgeführt und gesteigert, als auch der weltpolitische Machtanspruch der Bundesrepublik intensiviert. Das liest sich dann mit Aussagen, wie „Aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung“ steht Deutschland „in der Verantwortung“, „die globale Ordnung aktiv mitzugestalten“.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Rüstungsausgaben, das Weißbuch der Bundeswehr, die Hochrüstungspläne der Kriegsministerin, das alles gehört zur anderen Seite der Kinderarmut in unserem Land. Das Land, eines der reichsten, Quatsch, ein Land kann nicht reich sein. In diesem Land leben viele Reiche und die Herrschenden in diesem Land schmeißen das Geld in die Rüstung. Darum sind 1,54 Millionen Kinder auf Hartz IV-Leistungen angewiesen, jedes siebte Kind. Hartz IV heißt Ausschluss von Kultur, heißt Mangel und dessen gesundheitliche Folgen. Das ist ein Verbrechen. Auch diesem Verbrechen setzen wir unser Sofortprogramm entgegen. Grundsätzlich, indem wir die Abschaffung des Hartz-Systems fordern, aber auch konkret mit den Forderungen für Mehraufwendungen für Hilfeleistungen, für Investitionen in Schulen, Jugendhäuser, für mehr Lehrer und Sozialarbeiter und mit Forderungen, die neue Arbeitsplätze schaffen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem Pressefest wird es ein großes Konzert mit Grup Yorum geben. Grup Yorum steht für den Widerstand gegen die demokratiefeindliche Politik des Erdogan-Regimes, Grup Yorum steht für den Kampf gegen das Abschlachten der Kurden, für den Kampf gegen die Unterstützung des IS und den Krieg gegen Syrien, Grup Yorum steht für den Kampf gegen Rassismus. Zehn- ja Hunderttausende besuchen die Konzerte in der Türkei. Regelmäßig werden Konzerte durch das Erdogan-Regime verboten. Und Erdogans Kanäle reichen weit, vor allem seit er der EU hilft, die Festung Europa schon vor den Grenzen der EU für Flüchtlinge dicht zu machen. Diese Kanäle reichen bis nach Gladbeck. Wie jedes Jahr wollte Grup Yorum ein Festival in Deutschland veranstalten, auch hier kamen immer Tausende Besucherinnen und Besucher. Diesmal soll das nicht so sein. Verfassungsschutz und Kommune werden vorgeschickt, die Alevitische Gemeinde, auf deren Gelände das Konzert stattfinden soll, wird erpresst – im Auftrag von Erdogan, Merkel und Steinmeier soll dieses Konzert verhindert werden. Seit das rausgekommen ist, helfen wir den Protest zu organisieren. Täglich finden Mahnwachen statt – wir kämpfen für dieses Festival und freuen uns noch mehr auf Grup Yorum beim UZ-Pressefest.

Liebe Genossinnen und Genossen,

einige Aufregung, allerdings auch Fehldarstellungen und falsche Interpretationen, gibt es zu unserer Haltung zum Aufruf „Aufstehen gegen Rassismus“. In die Erarbeitung des Aufrufs waren wir nicht einbezogen und über das Vorhaben nicht informiert. In einer kollektiven Diskussion kamen wir nach der Veröffentlichung zum Ergebnis, dass der Aufruf unzureichend ist, weil er Krieg als Fluchtursache nicht benennt und keine Verbindung zwischen Armut, Perspektivlosigkeit und der Gefahr, diese rassistisch zu instrumentalisieren, zieht. Damit bietet er eine Grundlage, dass die Mitverursacher von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, von deutscher Beteiligung an imperialistischen Kriegen, diesen Aufruf widerspruchsfrei unterzeichnen können. Genauso wie diejenigen, die mit Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen einen der schärfsten Angriffe auf die Lage der Arbeiterklasse gefahren haben. Es besteht die Gefahr, dass von Krieg und sozialer Situation als Ursachen abgelenkt wird auf diejenigen, die Gefahr laufen, dass aus ihren berechtigten Perspektivängsten Rassismus entsteht. Wir haben dann für unser Eingreifen auf der Frankfurter Konferenz vereinbart, dass wir genau das dort problematisieren wollen. Das haben wir getan und viele Teilnehmer sahen das ähnlich. Im Endeffekt wurde eine Veränderung der Positionen aber verhindert, verwiesen wurde auf die Bündnisbreite vor allem Richtung SPD und Grünen.

Wir haben bezüglich der Unterzeichnung einen Mittelweg gewählt, indem Paul, ich und andere Genossen den Aufruf unterzeichnet haben, nicht aber wir für die DKP. Wir orientieren darauf, dass sich unsere Gliederungen an den Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene beteiligen und dabei unsere Positionen einbringen. Dieser PV-Tagung liegt ein entsprechender Antrag vor, so dass wir uns sicher auch einen gemeinsamen Beschluss erarbeiten können.

In der Debatte wird zur Unterstützung der Kritik an unserer Position immer wieder der Krefelder Appell angeführt. Wir halten diesen Vergleich nicht für stichhaltig. Die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen war die zentrale Gefahr in der Hauptfrage, der Frage von Krieg und Frieden. Wir rangen um die Unterzeichnung von Massen, wir rangen um die Unterzeichnung durch Sozialdemokraten auf allen Ebenen, wir rangen um die Unterstützung durch Gliederungen der Sozialdemokratie. Das taten wir, um sie in der Hauptfrage in Widerspruch zu den dominierenden Teilen ihrer Parteiführung zu bringen, die damals als Regierungspartei die Stationierung der Mittelstreckenraketen betrieb. Genau dies macht der

jetzige Aufruf aber nicht. Er benennt die Kriegsfrage, die Hauptfrage nicht, er erfordert keinen Widerspruch zur Kriegspolitik des Imperialismus und damit zur Fluchtursache Nummer eins. Trotzdem müssen wir hin, uns an den Bündnissen und Aktivitäten beteiligen und dabei natürlich unsere Positionen einbringen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt keine allgemeinverbindliche Schablone für Bündnispolitik. Es gibt Kriterien, die haben wir schon mehrfach entwickelt. Bündnispolitik der Kommunisten muss sich immer daran messen lassen, wie sie die Bewegung für Abwehrkämpfe gegen die Kriegspolitik, gegen die Angriffe der Herrschenden, für Antifaschismus, für Reformen im Interesse der Arbeiterklasse und der nicht-monopolistischen Schichten stärkt, wie sie zweitens die Verbreitung Klassenbewusstseins befördert und wie sie der Stärkung der kommunistischen Partei dient. Wie hoch welches dieser Kriterien bewertet wird, muss konkret entschieden werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im kommenden Jahr scheint es Planungen zu geben, den G20-Gipfel in Hamburg durchzuführen. Das hat etwas von Wiedergutmachung gegenüber der Hamburger Bourgeoisie für die verloren gegangene Olympiabewerbung. Es kann auch etwas von Provokation und Falle haben, so etwas, im Unterschied zu den G7-Gipfeln in Heiligendamm und Elmau, diesmal nicht auf dem platten Land zu veranstalten. Sei's drum, wir lehnen das gemeinsam mit unserer Hamburger Bezirksorganisation ab und wir werden helfen, den Widerstand zu organisieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im kommenden Jahr ist der 100. Jahrestag der Oktoberrevolution. Im Beschluss unseres Parteitags orientieren wir auf eine Veranstaltung gemeinsam mit den Rotfuchsfördervereinen und der SDAJ. Als Unterstützer wollen wir weitere Organisationen und Partner gewinnen. Die junge Welt hat bereits signalisiert, dass sie an einer Medienpartnerschaft interessiert ist. Zwischenzeitlich fand das erste Treffen mit SDAJ und Rotfuchs statt. Wir waren uns einig, dass der inhaltliche Konsens der Trägerschaft in folgenden Aussagen besteht:

* Die Oktoberrevolution war ein sozialistische Revolution

* Die Oktoberrevolution leitete eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte ein

* Die Entwicklungen in den europäischen Ländern des realen Sozialismus 89/90 waren konterrevolutionäre Entwicklungen

Dieser Konsens soll auch die inhaltliche „Eintrittskarte“ für mögliche Unterstützer sein. Besonders beim Epochebegriff schließt dies eine Debatte im Rahmen der Konferenz keinesfalls aus. Gerade die Frage der Definition des Inhalts der Epoche kann beispielsweise auch Gegenstand einer Debatte im Rahmen der Veranstaltung sein.

Inhaltlich in den Mittelpunkt wollen wir die Frage Krieg und Frieden, die Eigentums- und die Machtfrage stellen. Es herrschte Einigkeit, dass die Veranstaltung eine Mischung aus Wissenschaft, Debatte, Emotion und Kultur darstellen soll. Erste Gedanken für Formate waren: Referate, Podiumsdiskussion, Musik, Ausstellung (Bilder, Architektur der Revolutionsjahre). Auch die Frage der internationalen Beteiligung soll geprüft werden.

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Veranstaltung diskutierten wir über einen Samstag im Oktober bzw. Anfang November, als Ort waren wir uns einig, die Veranstaltung in Berlin durchzuführen. Auch bei der Größenordnung waren wir uns einig. Gemeinsam streben wir eine Größenordnung von 500 bis 1.000 TeilnehmerInnen an. Das ist natürlich ein sehr anspruchsvolles Ziel. Es heißt sicher, dass wir in den westlichen Bundesländern in einer ähnlichen Größenordnung mobilisieren wollen wie zum LL-Wochenende. In den größeren Bezirksorganisationen geht es also um die Größenordnung Busse und mehr. Wir halten das für machbar und wir halten es für politisch notwendig und richtig. Wir wollen gemeinsam mit SDAJ und Rotfuchs und weiteren Unterstützern eine große Veranstaltung zu Stande zu bringen, die zeigt, die Revolution ist auch in Deutschland nicht von gestern, sie hat ein Gesicht, ein Gesicht der Erfahrung und ein Gesicht der Jugend. Deswegen sollten wir auch überall die SDAJ in der Vorbereitung auf diese gemeinsame Aktion unterstützen. Vieles kann es geben, eines aber nicht, dass junge Genossinnen und Genossen, junge Freundinnen und Freunde nicht nach Berlin kommen können, weil es an der Organisation oder den Finanzen fehlt.

Das Nachdenken über Revolution nimmt wieder zu. Unser Freund Konstantin Wecker hat derzeit ein Programm, das unter diesem Oberbegriff steht. Angesichts der Show der Präsidentschaftswahlen in den USA, angesichts des Rollback in Südamerika, angesichts der mit parlamentarischen Mittel vorgenommenen Überführung der Türkei zu einem diktatorischen Regime werden Widersprüche deutlicher. Selbst die Linkspartei nimmt das Wort Revolution wieder ohne Frage-

zeichnen in den Mund. Es ist gut, wenn vieles am Parteitag der PDL in Magdeburg für einen gewissen Linkstrend spricht. Wir begrüßen das. Wir erkennen aber auch, dass die Rechte in der Linken in gewissen Phasen Zurückhaltung übt, solange sie den Apparat hat. Auch Gregor Gysi macht ja mittlerweile einen Running Gag daraus, in die Parteitage seiner eigenen Partei hineinzugrätchen, diesmal mit dem Vorschlag eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten von SPD, Grünen und Linkspartei. Nun, wir erinnern uns, Gauck war kein Vorschlag der CDU, er geht zurück auf SPD und Grüne. Möchte Gysi so ein Kaliber, und wenn ja, hat Ramelow damit Probleme? Angesichts seiner skandalösen Politik zum Umgang mit der DDR wohl eher nicht.

Wir wissen auch, dass immer Truppen bereitstehen, die Verwirrung hineintragen sollen, und seien es Antideutsche, die mit einem Tortenwurf die Medien beherrschen. Um das in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir haben falsche Aussagen von Sarah Wagenknecht kritisiert. Dies wird uns aber nie, niemals an die Seite antideutscher Kräfte führen, die letztlich das Geschäft des Imperialismus, vor allem des US-Imperialismus betreiben. Sie sind die andere Seite der Medaille derer, die von der eigenständigen Aggressivität und Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus ablenken wollen.

Nach diesem Parteitag der Linkspartei sollten wir regional, lokal und zentral Gesprächsangebote machen. Dabei haben wir ein gutes Angebot, unser Sofortprogramm. Viele Debatten auf dem Parteitag der Linkspartei gingen inhaltlich in eine ähnliche Richtung. Ohne dabei überheblich zu werden, haben wir hier ein sehr gutes Diskussionsangebot.

Unser Sofortprogramm ist unser Programm, es ist aber auch ein Diskussionsangebot, mit dem wir mit Partnern in die Debatte gehen wollen, und es ist ein Baukasten, mit dem Einzelfragen in Gewerkschaften und Bewegungen hineingetragen werden können. Es vereinigt Forderungen, die zusammenführen, mit dem Blick auf die Verursacher von und den Profiteuren an den zentralen Problemen. Und es zeigt auf, wo das Geld für die Milderung der Probleme zu holen ist. Wir wecken damit keine Illusionen. Natürlich ist mit der Umsetzung des Sofortprogramms der Kapitalismus/Imperialismus keineswegs überwunden. Die Kriege und die Kriegsgefahr wären noch da, die Ausbeutung nach innen bestenfalls abgemildert, die nach außen bestenfalls erschwert. Selbst die Verbesserungen, die die Umsetzung des Sofortprogramms bringen würden, wären permanent bedroht, Rückschritt jederzeit möglich. Nein, das Sofortprogramm ist alles andere als das Stellen der Machtfrage. Es wird nötig sein, die Machtfrage

zu stellen und erfolgreich zu beantworten, um dauerhaft den Fortschritt zu sichern. Aber diese Erkenntnis muss wachsen und sie kann nur wachsen, wenn die Klasse kämpft, wenn sie nicht-monopolistische Schichten als Bündnispartner gewinnt. Dazu bedarf es kurz- und mittelfristiger Forderungen. Wir haben hier ein erstes Dokument vorgelegt.

Noch scheint uns die Reaktion der Partei sehr unterschiedlich. Inhaltlich wird das Sofortprogramm breit begrüßt. Mancherorts aber nach dem Motto, „guck, da war ein netter Text in der UZ – guck mal, so was bekommen wir ja noch hin“. Dazu war es nicht gedacht und es wäre völlig unter Wert verkauft. Wir denken, das ist ein Material, mit dem wir in Bewegungen, auf der Straße, in großer Breite Menschen ansprechen können und müssen. Unsere Erfahrung ist, dass vor allem die vorgeschlagenen Finanzierungsmöglichkeiten immer wieder Überraschungen hervorrufen. Wer weiß denn schon, dass es in unserem Land 1,14 Millionen Millionäre gibt, die ein Vermögen von 2,4 Billionen Euro besitzen? Wer weiß denn schon, dass jährlich weit über 30 Milliarden Euro in die Rüstungsindustrie gepumpt und Kriegsministerin von der Leyen ein zusätzliches Hochrüstungsprogramm von 130 Milliarden fordert?

„Ran an die Massen!“ kann aber nicht nur heißen, wir drücken jedem das Forderungsprogramm in die Hand – das sollten wir tun, es wird in Kürze als Broschüre erscheinen, ist aber zu wenig. Das Sofortprogramm ist mehr. Es ist ein Diskussionsangebot. Viele sagen doch derzeit, irgendwie brauchen wir so was, auch der Parteitag der Linkspartei brachte das zum Ausdruck – und wir haben so was. Warum unser Licht unter den Scheffel stellen, warum nicht unser Sofortprogramm zur Diskussion stellen. Kein Problem, wenn Bündnisse es weiterentwickeln, entscheidend ist die Debatte, die Weiterentwicklung und vor allem die darauf basierende Aktion. Das Sofortprogramm bietet auch eine große Chance, Diskussionen innerhalb der Arbeiterbewegung zu initiieren, Wege aus der Fixierung auf die Standortlogik aufzuzeigen. Natürlich geht es nicht darum zu sagen: „Unterstützt das Sofortprogramm der DKP.“ Aber das Sofortprogramm kann durchaus ein Material sein, aus dem einzelne Forderungen und ihre Gegenfinanzierung herausgenommen werden. Es gibt die Möglichkeit, Dinge regional herunterzubrechen und daran sollten wir arbeiten. Ja, man kann auch lokal Rüstungsprofiteure, Fluchtprofiteure und Armutsprofiteure identifizieren. Die SDAJ will in ihrer beschlossenen Antimil-Kampagne die Aktionsform des Outings anwenden. Das sollte für uns Einladung und Beispiel sein. Kurz gesagt, wir brauchen in allen Gliederungen Überlegungen, wie mit dem Sofortprog-

ramm gearbeitet wird – als DKP, mit Bündnispartnern, in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Der Parteivorstand, alle Bezirks- und Landesvorstände sind jetzt gefordert, stehen jetzt in der Pflicht, erst recht in Vorbereitung des Pressefestes ihre Leitungsarbeit darauf zu konzentrieren, den Gruppen zu helfen, wie Mobilisierung zum Pressefest und Arbeit mit dem Sofortprogramm jetzt optimiert werden können. Wir meinen, dass unser Sofortprogramm auch beim Pressefest einen hohen Stellenwert haben muss. In den Runden, in der Agitation, beim gesamten Fest.

Inhaltlich sind das Sofortprogramm und unser Pressefest unser Aufschlag in Richtung Bundestagswahlen 2017. Wir halten diesen Aufschlag für eine gute Grundlage und können, müssen und sollten die nächsten Monate damit in die Offensive gehen.

In Richtung der Bundestagswahlen sollten wir unsere Erfahrungen dann auswerten und bestimmen, welche weiteren Fragen wir zentral gewichten. Dabei geht es uns nicht darum, in das Wahlkampfmarketing anderer Parteien zu verfallen und zu überlegen, welches Waschmittel am besten dazu dient, Menschen dazu zu bringen „ihre Stimme abzugeben“. Im Gegenteil, wir müssen überlegen, welche Fragen zusätzlich zum Sofortprogramm helfen können, dass mehr Menschen ihre Stimmen erheben. Wichtige Fragen sind im Sofortprogramm nur kurz angesprochen, zum Beispiel die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Nur kurz angerissen wird die katastrophale Situation im Gesundheitswesen. Die Pflege geht auf dem Zahnfleisch, die Krankenhäuser verkommen, Outsourcing siegt über Hygiene, Gesundheit ist Ware und die Pharmakonzerne und private Krankenhauskonzerne profitieren.

Das führt dazu, dass die schlimme Aussage, „wer arm ist, stirbt früher“, durchgängige Wahrheit ist. Auch in unseren Städten ist Armut erkennbar, auch an der Gesundheit. Und auch in unseren Städten ist Armut eine Massenerscheinung, oft verdrängt in einzelne Stadtteile oder kleinräumiger. Auch das Thema Armut, das wir im Sofortprogramm anreißen, muss tiefer und ausführlicher beleuchtet werden. Das betrifft auch die Alters- und die Kinderarmut, beides traurige Realität und Perspektive für große Teile der Arbeiterklasse und großer Teile der Mittelschichten.

Das macht deutlich, diese ganzen Fragen beinhalten auch die Frage nach antimonopolistischer Bündnispolitik. Denn die Auswirkungen der Kriegspolitik, die Auswirkung der Abwälzung der Kosten der Kriegspolitik und in deren Ergebnis der weltweiten Massenflucht und wiederum die Abwälzung der Kosten und die Erhöhung der Kon-

kurrenz betreffen durchaus Menschen über die Arbeiterklasse hinaus. Die Situation im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, Altersarmut – all das betrifft mindestens die unteren Mittelschichten, Handwerker, Kleinunternehmer und kleinen Bauern.

Hier brauchen wir Erfahrungen auf der Straße in der Agitation und Propaganda mit dem Sofortprogramm, um zu entscheiden, wie und mit welchen Mitteln wir in die Auseinandersetzung gehen. Dazu brauchen wir auch die Debatte, die Diskussion der Partei. Ehrlich gesagt ist es uns dazu zu ruhig in der Partei. Interne Fragen, deren Bedeutung wir keinesfalls gering reden wollen, führen schnell zu erregten Diskussionen, die Fragen, wie wir mit dem Sofortprogramm nach außen kommen, wie wir nächstes Jahr in Büchel alle Tore dichtmachen, weniger. Das ist nicht gut, dass müssen wir zumindest ausgleichen. Nichts gegen interne Debatten, die müssen wir führen, wir brauchen aber auch das schlechte Gewissen: „Huch, die Genossinnen und Genossen, machen in Büchel zwei Tore dicht, mit den drei Leuten aus meiner Gruppe wären drei Tore drin gewesen.“

In Richtung der Bundestagswahlen sollten wir deshalb, neben der Frage, welche inhaltlichen Themen wir zusätzlich zum Sofortprogramm aufgreifen, auch die Frage diskutieren, ob wir eine vereinheitlichende Aktionsform finden. Ein Ansatz zur Diskussion könnte hier die Benennung, das Outing, die Kennzeichnung der Familien, Firmen, Konzerne und Banken sein, die Kriegs-, Flucht oder/und Armutspoliten sind. Das ist im gesamten Land, regional und lokal möglich. Hier kann deutlich gemacht werden, was sie an Krieg, Flucht und Armut verdienen und was mit diesem Geld gemacht werden könnte. Dies würde Ansatzpunkte für gemeinsame Aktionen mit der SDAJ und im Bündnis bieten.

Wir brauchen also die Aktion und die Diskussion und können dann auch im Herbst entscheiden, ob wir neben dem Sofortprogramm noch zusätzlich ein Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen brauchen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vier Wochen noch bis zu unserem Pressefest. Politisch goldrichtig. Pressefest und Sofortprogramm sind eine gute Kombination. Der Zuspruch von Freunden und Partnern ist groß, wir sind am Puls der Zeit. Wir werden das Pressefest noch als separaten Punkt behandeln. Trotzdem: Haben wir schon alle Überlegungen angestellt, wen wir mitnehmen wollen und vor allem, haben wir an der Realisierung gearbeitet?

Haben wir schon alle Überlegungen angestellt, wen wir beim Pressefest überzeugen wollen, dass die DKP gestärkt werden muss? „Wir brauchen auch noch Dich und Dich.“ Sind wir an der Realisierung? Haben wir Pläne, wie wir jungen Menschen ermöglichen, das Pressefest zu besuchen, setzen wir sie um? Haben wir im Kopf, dass wir zum Pressefest jeder ein Probeabo für die UZ gewinnen wollen und wissen wir schon, wen?

Wir haben es über Jahre etwas verlernt, planmäßig an unsere Stärkung heranzugehen – ich denke, keine und keiner wird die Notwendigkeit unserer Stärkung in Frage stellen. Selbst, wenn sich Planung immer so komisch anhört, dann gilt trotzdem: Ein höheres Maß an Spontanität erfordert einen höheren Grad an Organisation. Vorwärts zum Pressefest!

4. Tagung des Parteivorstands der DKP

4./5. 2016, Hannover

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Zur Auswertung des 22. Bundeskongresses der SDAJ

Jann Meier, Bundesvorsitzender der SDAJ

Liebe Genossinnen und Genossen,

der 22. Bundeskongress tagte am 19. und 20. März 2016 in Eschborn. Beschlossen haben wir eine Kampagne, eine Handlungsorientierung, ein Herangehen an die runden Jahrestage in den nächsten Jahren (100 Jahre Oktober/Novemberrevolution, Geburtstage Karl Marx & SDAJ), neu gewählt wurden Bundesvorstand, Schieds- und Revisionskommission. Ich will euch aber gar nicht lange mit technischen Details des Kongresses langweilen, sondern mich vor allem auf die politischen Analysen beziehen, vor deren Hintergrund der Kongress die wesentlichen Vorhaben des Jugendverbandes beschlossen hat.

Strategie des deutschen Imperialismus

„Dem deutschen Imperialismus ist es gelungen seinen Gestaltungsspielraum auf nationaler, wie internationaler Ebene weiter auszubauen. Eine umfassende Militarisierung soll auch in Zukunft dazu beitragen die Profite der deutschen Monopole zu sichern und die Großmachtbestrebungen des deutschen Kapitals umzusetzen. [...] Dieser Kurs umfasst Bestrebungen innerhalb internationaler Bündnisse wie der NATO und Vereinten Nationen eine größere Rolle zu spielen und gleichzeitig die weltpolitische Bedeutung der vom deutschen Imperialismus dominierten EU, sowie deren Militärapparat, weiter auszubauen. Damit einher gehen auch eine Ausweitung der Bundeswehreinsätze und eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft.“ (BuKo-Beschluss)

Das ist kein Geheimnis, sondern fast schon in ähnlichen Worten letzte Woche durch die Veröffentlichung der Entwurfsfassung des neuen Weißbuchs der Bundeswehr bestätigt worden, wie man in der jungen Welt vom Mittwoch in einem Beitrag von Jörg Kronauer nachlesen kann. Es wird relativ deutlich ein eigener Weltmachtanspruch formuliert. „Aktive Gestaltung der globalen Ordnung“ heißt das dann. Diese Formulierung fand sich im Weißbuch von 2006 noch nicht. Damals hieß es noch Deutschland falle eine „wichtige Rolle“ für „die künftige Gestaltung Europas“ zu. Es ging noch um die Vorbereitung gemeinsamer Kriegseinsätze und die Umgehung der Volksabstimmungen über die

EU-Verfassung mittels des EU-Vertrages. Europa« (nicht Deutschland!) schrieb man, müsse »seinen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit« übernehmen, also der Lösung einzelner Konflikte, es ging aber noch nicht um die gesamte „globale Ordnung“.

Der aktuelle Weißbuch-Entwurf enthält vier strategische Prioritäten. Nummer eins ist der Schutz der eigenen staatlichen Souveränität, militärisch ausgedrückt: die Landesverteidigung. Nummer zwei ist die Bündnissolidarität, die als „Teil deutscher Staatsräson“ eingestuft, also hoch gehängt wird. Dabei geht es vor allem, aber nicht nur um die NATO, deren europäischen Pfeiler zu stärken die Bundesrepublik laut Weißbuch-Entwurf eine »besondere Verantwortung« habe. Auch die Militärpolitik der EU soll weiter ausgebaut werden. Deutschland wird also militärisch weiterhin zweigleisig fahren: mit der NATO, wo es etwa gegen Russland geht, mit der EU, wo man – wie in Mali oder im Mittelmeer – eigene Ordnungsansprüche durchsetzen zu können meint. Und, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Deutsche Interessen haben Vorrang vor Bündnissolidarität. „Unsere gewachsene Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik führt weder zu Automatismen noch zu Handlungszwängen, die unseren Werten und Interessen (!) zuwiderlaufen oder das Maß unserer Möglichkeiten überdehnen“, heißt es in der jüngsten Entwurfsfassung. Krieg geführt wird also weiter nur in deutschem Interesse. Die strategischen Prioritäten Nummer drei und vier sind nicht wirklich neu. Nummer drei ist die Absicherung der für die deutsche Wirtschaft so wichtigen globalen Transport- und Handelswege sowie der ebenfalls unverzichtbaren Rohstoff- und Energieversorgung; all dies fand sich schon im letzten Weißbuch, wird nun aber zur Priorität aufgewertet. Nummer vier besteht im Vorbeugen und gegebenenfalls im Eindämmen von Krisen und bewaffneten Konflikten; das ist faktisch ein Freibrief für Interventionen jeglicher Art und an jedem Ort, denn Konflikten vorbeugen kann man immer und überall.

Es geht hier also, wie immer auf der weltpolitischen Bühne für den Imperialismus um das Austarieren der Widersprüche. Der deutsche

Imperialismus sieht die dicksten Pfründe weiterhin, und das ist ziemlich unangefochten, als Junior-Partner der USA. Gleichzeitig will man aber erstens in der Lage sein, auch ohne die USA international militärisch agieren zu können und man will zweitens das Kräfteverhältnis innerhalb der NATO verschieben. „Das europäische Standbein stärken“ ist die Formulierung dafür. Mehr deutsche Expansionspolitik ist dabei nicht grundsätzlich im Widerspruch zum US-Imperialismus. Gerade dieser hatte in der Vergangenheit immer wieder dazu aufgefordert mehr Verantwortung zu übernehmen – in der Hoffnung die eigenen Streitkräfte entlasten zu können. Übrigens arbeitet auch unter anderem die Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik der „Atlantikbrücke“, die wichtigste Verbindungsorganisation zwischen den politischen Vertretungen der deutschen und der US-Monopolbourgeoisie, an der Erstellung des Weißbuchs mit.

Zunehmende Aggression nach außen, ablesbar an mittlerweile fast 20 Einsätzen der Bundeswehr, mit dem bisher größten ihrer Geschichte aktuell in Syrien und vor allem an der Aggression gegenüber Russland, ist untrennbar verbunden mit einer Militarisierung des Inneren.

Wichtigstes Stichwort ist hier die „Vernetzte Sicherheit“, also die Aufhebung der Trennung von Militär, Polizei und Geheimdiensten, immer weitere Aufgaben der Bundeswehr im Inneren, bis hin zur Aufstandsbekämpfung und zum Einsatz gegen Streiks im Falle des inneren Notstands, wie Nina Hager in der aktuellen UZ beschreibt.

Die Aggression nach außen spiegelt sich natürlich auch innenpolitisch wieder. Mit der AfD ist eine Partei entstanden, die mit ihrer spezifischen Strategie zur Sammlung einer faschistischen Massenbasis aktuell massive Erfolge hat. Sie ist derzeit in der Lage, gerade bei den Teilen der Bevölkerung, die tendenziell vom traditionellen Regierungs-Oppositions-Spiel nicht mehr integriert werden können, zu punkten und deren Wut und Abstiegsängste in systemkonforme Bahnen zu kanalisieren. Kern ihrer sozialen Demagogie ist ein antimuslimischer Rassismus und eine sozialchauvinistische, kapitalkonforme Zuwanderungspolitik. So geht der aggressivere außenpolitische Kurs gewissermaßen einher mit einer härteren Gangart in der Innenpolitik, denn die bloße Existenz der AfD treibt die bürgerlichen Parteien zu weiterem Abbau erkämpfter demokratischer Rechte und Sozialabbau an (Antreiberfunktion) – also zur Fortsetzung und Verschärfung der Politik, die den Aufstieg der AfD in der Form erst möglich machte.

Die Erfolge der AfD, die Mobilisierungsfähigkeit von PEGIDA zeugen von einer gewachsenen

Massenbasis für diese politische Linie, die dabei ist sich parlamentarisch, wie außerparlamentarisch zu etablieren und insbesondere gegen MigrantInnen, Flüchtlinge und Muslime hetzt. Diese sozialen Gruppen dienen dabei als Sündenbock für die sozialen Abstiegsängste breiter Bevölkerungsschichten. Diese Abstiegsängste sind natürlich bei vielen berechtigt – die Frage ist aber, welche politische Schlussfolgerungen daraus gezogen werden.

Denn jeder Cent, der für Bundeswehr, Rüstung und Kriegspropaganda ausgegeben wird, steht im Zusammenhang mit stetigen Kürzungen im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich und steht damit systematisch im Widerspruch zu unseren Interessen als arbeitende und lernende Jugend. Die Perspektivlosigkeit weiter Teile der Arbeiterjugend spielt den Rekrutierungsbestrebungen der Bundeswehr in die Hände und wird von ihnen mit Unterstützung durch Schulen und Jobcenter gezielt ausgenutzt. Diese Perspektivlosigkeit ist gleichzeitig Anknüpfungspunkt, für die sozialdemagogische Rechtfertigung von Kriegseinsätzen mit offen wirtschaftlichen Begründungen. Unter Verschleierung des Klassengegensatzes lautet das Argument der Herrschenden: Wenn die Bundeswehr für deutsche Wirtschaftsinteressen in den Krieg zieht, verteidigt sie damit unseren Lebensstandard. Was dabei unerwähnt bleibt: Freie Transportwege und freier Welthandel erhöhen die Mobilität des Kapitals und schaffen neue Möglichkeiten der Profitmaximierung. Sie verbessern nicht unsere Lebenslage sondern verschärfen die Konkurrenz und Ausbeutung der Arbeiterklasse, z.B. durch Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne. Die Aufrüstung der Armee ist immer zugleich auch ein Ausbau des Repressionsapparats nach Innen für den Fall der Fälle. Nicht zuletzt sind es in allen Kriegen v.a. und zuerst die werktätigen Menschen, die sterben. Das gilt vor allem für die Menschen in den überfallenen Ländern, aber auch für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr geworden sind. Die Folgen dieser Politik sieht man in den Staaten, in denen die Bundeswehr stationiert ist, aber auch an den Grenzen der EU, der BRD und an weltweit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 2016 sind bis heute schon über 2000 Tote im Mittelmeer gezählt worden, 700 kamen nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerk Anfang Juni noch hinzu. Ebenso wird die prekäre Situation der Menschen aus den sogenannten Fluchtländern ausgenutzt, um eine militärische Stärkung der Bundeswehr zu begründen, die Grenzen der BRD oder EU zu schließen und unliebsame Regierungen im Nahen Osten militärisch bekämpfen zu können.

Jugendliche sind durch die umfassende Militarisierung der Gesellschaft besonders betroffen. Geringe Aussichten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhöhen die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Das zeigt sich insbesondere in "strukturschwachen Regionen" (wie z.B. Ostdeutschland, wo 62% der unteren Dienstgrade, also Kanonenfutter, der Bundeswehr rekrutiert werden) und auch aus Stadtteilen mit hohem Anteil an Arbeiterjugendlichen. Dadurch sind Jugendliche trotz mehrheitlicher abstrakter Ablehnung von Kriegen immer häufiger auch empfänglich für wirtschaftliche Begründungen einzelner Kriegseinsätze. Die wachsende Angst vor einem Krieg in unmittelbarer Nachbarschaft, insbesondere mit Russland, führt nicht automatisch zu einer Stärkung der Friedenskräfte, sondern begünstigt teilweise auch den Ruf nach weiterer Aufrüstung.

Die aktuelle, neu entstandene Flüchtlingswelle brachte zudem eine deutliche Rechtsverschiebung der Kräfte in Deutschland mit sich. Diejenigen, die es bis nach Deutschland schaffen, werden hier nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit für die Banken und Konzerne sortiert, in Wirtschafts- und Kriegsflüchtlinge gruppiert und als LohndruckerInnen eingesetzt. Diese Entwicklung fördert einen staatlich unterstützten Rassismus, der vor allem der Spaltung der Arbeiterklasse dient. Das zeigt auch der Entwurf für das neue „Integrationsgesetz“: Es sollen 100.000 1-Euro-Jobs für Flüchtlinge geschaffen werden, womit der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet wird. Integrationsmaßnahmen kommen nur für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in Frage, damit werden ca. 50% der Flüchtlinge von vornherein ausgeschlossen. Dieses Gesetz ist kein Integrationsgesetz, es ist ein Motor für Rassismus. Schon jetzt werden im Rahmen von EQJs und anderen Formen unbezahlter Praktika Flüchtlinge als Lohndrucker eingesetzt, was ebenfalls den Rassismus schürt und nur im Interesse der Banken und Konzerne ist, die sich daran eine goldene Nase verdienen.

Es ist also geboten, und der letzte Parteitag hat ja sehr ähnliche Beschlüsse gefasst, die Bereiche Antifaschismus und Antimilitarismus ins Zentrum unserer Politikentwicklung zu stellen. Und ich glaube hier gibt es dann auch gute Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit der DKP vor Ort: Warum nicht gemeinsam einen Kriegstreiber outen und dabei deutlich machen, dass Krieg und Rüstung Fluchtursache Nummer 1 sind, während die Milliarden, die dort verbrannt werden, dringend gebraucht würden – in der öffentlichen Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser, in der Pflege, für öffentliche Ausbildungsplätze, für echte Integrationsmaßnahmen statt für unbezahlte

Praktika für Flüchtlinge usw. Oder die Demonstration der Friedensbewegung im Oktober: Warum sollte es nicht möglich sein, dass SDAJ und DKP mit anderen Kräften der Friedensbewegung und den Gewerkschaften Busse nach Berlin organisieren?

Massenbewusstsein & Widerstand

Ein Problem der Herrschenden (und das sind dann immer Ansatzpunkte für uns) ist die aus ihrer Sicht nach zu geringe Akzeptanz der Armee in der Bevölkerung. Der ThinkTank Stiftung Wissenschaft und Politik schreibt in diesem Zusammenhang in Bezug auf das neue Weißbuch: England und Frankreich haben bei der Erstellung ihrer „Weißbücher“ nur einen kleinen Kreis von Experten hinzugezogen (während das Verteidigungsministerium äußert demokratisch Akteure der Zivilgesellschaft, wie z.B. die Atlantikbrücke, hinzugezogen hat). Für beide Länder scheint das ausreichend, weil es einen gesellschaftlichen Grundkonsens über militärische Fragen gibt. Das ist in Deutschland nicht der Fall. Es gelte, Multiplikatoren auszubilden, die eine aktive Sicherheitspolitische Gemeinschaft bilden sollen. (SWP)

Laut der größten Meinungsumfrage unter Jugendlichen, der Shell-Jugendstudie, haben Jugendliche ein widersprüchliches Bewusstsein gegenüber der Bundeswehr. Einerseits gibt es grundlegende Skepsis gegenüber Militäreinsätzen und die Meinung, dass sich Deutschland außenpolitisch eher zurückhalten sollte, konkrete deutsche Einsätze finden sie dann aber doch gut. Und auch wenn das Vertrauen gegenüber „der Politik“ relativ gering ist, das gegenüber Justiz, Polizei und Militär ist relativ hoch.

Doch es gibt auch immer wieder Widerstand gegen die Politik der Herrschenden. Gegen den Einsatz der Bundeswehr in Syrien gingen wieder deutlich mehr Menschen auf die Straße als noch gegen den NATO-Angriffskrieg gegen Libyen. Und das, obwohl laut Umfragen eine Mehrheit für diesen Einsatz ist, wohl auch vor dem Hintergrund der verlogenen Begründung, es ginge hier nach den Terroranschlägen von Paris um Solidarität mit Frankreich und um die Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir sind dagegen mit der Friedensbewegung, aber auch mit einer wachsenden Zahl von Jugendlichen auf die Straße gegangen, um klar zu machen: Fluchtursachen zu bekämpfen heißt die imperialistischen Kriege zu beenden! Unser Jugendblock auf der Demonstration gegen die Nato-Sicherheitskonferenz im Februar in München hat das laut und kämpferisch nach außen getragen. Damit haben wir ausgestrahlt. Aber es geht uns ja nicht nur um Demos, sondern darum, dass sich Jugendliche kontinuierlich gegen Militä-

rismus engagieren. Dazu vielleicht ein Beispiel, wie das gehen kann:

In Nürnberg waren unsere Genossinnen und Genossen seit einigen Jahren u.a. in der Stadt-SV aktiv:

Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien war für die Stadt-SV der Anlass klar zu machen, dass Krieg und Millionen-Ausgaben für die Bundeswehr ganz eindeutig den Interessen von Schülerinnen und Schülern entgegenstehen. So veranstalteten sie ihre erste Kundgebung unter dem Motto „Schüler gegen Krieg“. Viele SchülerInnen wurden dafür selbst aktiv und machten ihre Meinung z.B. auf Plakaten deutlich, warum sie gegen den Syrien-Einsatz der Bundeswehr sind.

Mit dieser Erfahrung im Rücken, mobilisierte die SV dann auch für den Jugendblock auf der Demo gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München – zusammen mit der SDAJ und den Gewerkschaftsjugendlichen in Nürnberg.

Gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus verschiedenen Jugendorganisationen hat die Stadt-SV gleichzeitig die vollständige Kostenfreiheit aller Schulwege von Schülerinnen, Schülern und Azubis in Bayern gefordert. Wie beide Themen zusammenhängen konnte man dann in der POSITION der SDAJ nachlesen: Allein der deutsche Tornado-Einsatz in Syrien kostet 134 Millionen Euro im Jahr. Für das gleiche Geld könnte man in Nürnberg 2,4 Millionen Monatstickets für SchülerInnen bzw. Auszubildende bezahlen – dabei hat Nürnberg nur eine halbe Million Einwohner.

Dort wo Jugendliche lernen und arbeiten, sowie an der Basis der Interessenvertretungsstrukturen bieten sich vielfältige Ansätze zur Entlarvung Deutschlands als Kriegsmacht, zur Stärkung antimilitaristischer Gegenkräfte und zur Entwicklung von Klassenbewusstsein. Ansatzpunkte dafür bieten beispielsweise die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und antimilitaristische Beschlüsse in den Jugendabteilungen, Störaktionen gegen Bundeswehrauftritte im öffentlichen Raum und Bundeswehrbesuche an Schulen und die Erkämpfung bundeswehrfreier Schulen, sowie bisweilen die Initiativen für Zivilklauseln an den Universitäten. Aber auch die Belegschaft und insbesondere die Azubis von Betrieben mit Rüstungsproduktion oder -bezug sind für uns ein guter Anknüpfungspunkt um den Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus im Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse herzustellen. Wir wollen vor diesem Hintergrund versuchen breitere Teile der Arbeiterjugend gegen die Kriegsvorbereitung des deutschen Kapitals zu mobilisieren, die deutschen Banken und Konzernen und ihren Staat als Kriegstreiber und

damit Verursacher von Flucht zu entlarven und deutlich zu machen, dass eine Welt des Friedens nur im Kampf gegen den Kapitalismus zu gewinnen ist.

Kampagne

Das ist das worum es uns auch in der Kampagne geht. Unter dem Motto „Stop wars – gemeinsam gegen ihre Kriege“ wollen wir versuchen antimilitaristisches Bewusstsein unter der Jugend zu verbreiten und gleichzeitig aber deutlich machen, dass es hier nicht nur um eine rein moralische Ablehnung von Kriegseinsätzen geht, auch wenn das natürlich ein wichtiger Ansatzpunkt ist, sondern aus den sozialen Interessen der Jugendlichen abzuleiten. Dazu haben wir uns verschiedene Maßnahmen vorgenommen:

Wenn man mal in die eine x-beliebige Zeitung und Fernsehsendung schaut zum Thema schaut, dann wird man feststellen: Krieg, den gibt es einfach. Kriege entstehen und dann muss die Bundeswehr, quasi aufgrund äußerer Zwänge da hin und eingreifen, ob nun Frauenrechte schützen, Brunnen bauen, die Ordnung wiederherstellen oder Handelswege sichern. Krieg bricht scheinbar einfach aus. Dem wollen wir entgegensetzen, dass es Konzerne und auch einzelne Personen gibt, die von Krieg profitieren, die ihn wollen (müssen) und die wollen wir öffentlich als das entlarven was sie sind: Kriegstreiber! Den Kriege brechen nicht aus – sie werden ausgebrochen. Dazu haben wir die Outings als Aktionsform gewählt. Dabei geht es eben darum einen Kriegstreiber in einer öffentlichen Aktion, das kann zum Beispiel ein erweiterter Infostand sein, mit Rede, Flyerverteilung und spontanem Sterben und Umfallen, öffentlich zu machen und an den Pranger zu stellen. So können wir am konkreten Beispiel deutlich machen: Es gibt eine Klasse, die hat ein Interesse am Krieg und deswegen wird er auch geführt und es gibt die Arbeiterklasse, die arbeitende und lernende Jugend etc. die kein Interesse an diesen Kriegen und auf deren Kosten sie gehen.

Diese Kosten gilt es dabei konkret aufzuzeigen: 32 Milliarden Euro fehlen in deutschen Schulen allein bei den laufenden Instandhaltungskosten – schätzt das deutsche Institut für Urbanistik. Die GEW geht von etwa 10.000 fehlenden Lehrkräften aus, 300.000 Ausbildungsplätze fehlen, bei den Studienplätzen ist die Zahl ähnlich hoch, usw. usf. Gleichzeitig sollen bis 2030 130 Milliarden Euro in Rüstung investiert werden.

Die Bundeswehr ist Nutznießerin der politisch gewollten Perspektivlosigkeit. Sie hat ihre Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen in den letzten Jahren, vor allem seit Aussetzung der Wehrpflicht, drastisch verstärkt. Und wir dürfen annehmen, dass das noch lange nicht das Ende der Fahnenstange ist. Die Kriegsministerin hat kürzlich ange-

kündigt bis 2030 etwa 15.000 neue Soldaten einstellen zu wollen, 4000 davon im zivilen Bereich.

Ich habe schon erwähnt, dass es bei Jugendlichen so etwas wie eine abstrakte und etwas diffuse Ablehnung von Kriegen gibt. So vage das auch sein mag, das ist natürlich ein Anknüpfungspunkt für uns. Es muss darum gehen, diese Ablehnung in Aktivität umzuwandeln und gegen das „aber ändern kann man ja doch nichts...“ anzugehen. Die politische Aktionsform, an der sich Jugendliche am ehesten vorstellen können, sich zu beteiligen, ist eine Unterschrift zu leisten. Daher haben wir den 'Krieg - Nicht in unserem Namen! – Aufruf gemacht, für den wir überall Unterschriften sammeln wollen. Dabei geht es natürlich weniger um die Unterschrift an sich, sondern mehr um das Gespräch. Neben den Unterschriftenlisten wollen wir eine Social-Media-Kampagne starten. Wir wollen junge Menschen dazu gewinnen, ein Foto mit einem Plakat von sich zu machen oder eben bei uns am Infostand machen zu lassen, auf das sie schreiben, weshalb sie gegen Krieg sind. Auch hier wollen wir eine niedrigschwellige Möglichkeit bieten, aktiv zu werden und mit uns in Diskussionen zu kommen. Bei dem Gespräch können wir dann z.B. weitergehende Angebote machen.

Eines davon sind die „Offenen Antikriegstreffen“. Weil die Treffen und Aktionen der Friedensbewegung vielerorts für Jugendliche nicht besonders attraktiv sind, wollen wir damit eine Möglichkeit schaffen, sehr unverbindlich und ohne große Vorbedingungen, sich zu irgendetwas zu bekennen, selbst aktiv zu werden. Es geht uns bei den Offenen Anti-Kriegstreffen vor allem darum, unorganisierten Jugendlichen, die etwas gegen Krieg tun wollen, ein Angebot zu schaffen. In Kassel hat sich beispielsweise zu so ein Offenes Treffen bereits auf Initiative der SDAJ gegründet. In dem Fall sind das vor allem SchülerInnen aus dem weiteren Umfeld der SDAJ, die bisher vielleicht bei einer Veranstaltung waren, aber für die die SDAJ selbst offenbar erstmal keine Option war sich zu organisieren. Was dann als Offenes Schülertreffen begann, wurde auf Wunsch der Beteiligten selbst in ein Offenes Treffen unter dem Motto „Schüler gegen Krieg“ umgewandelt. Eine erste Störaktion gegen einen Bundeswehrauftritt wurde bereits gemeinsam mit der SDAJ-Gruppe durchgeführt, weitere Aktionen sind in Planung – immer mit dem Fokus die Krieg als wichtigste Fluchtursache zu brandmarken und die Diskrepanz zwischen Rüstungs- und Bildungsausgaben zu thematisieren. Und: Mittlerweile haben einige der SuS doch den Weg in die SDAJ gefunden.

Sonstiges zum Kongress

Zunächst muss man festhalten, dass der Verband den Bundeskongress sehr ernsthaft und

gewissenhaft vorbereitet hat. Das zeigte sich z.B. an der hohen Anzahl kollektiv vorbereiteter Redebeiträge aus den Gruppen und Landesverbänden. Das Delegiertenprinzip ist mittlerweile im Verband zur Selbstverständlichkeit geworden und hat zu einer Demokratisierung in der Kongresszusammensetzung geführt.

Neben den beiden Leitträgen wurden, wie bereits erwähnt, beschlossen gemeinsam mit der DKP eine Konferenz zum Jahrestag der Oktoberrevolution auszurichten, außerdem kampagnenartig an den Jahrestag der Novemberrevolution heranzugehen und aus Anlass unseres 50. und Marxens 200. Geburtstag eine Einführung in den Marxismus für Jugendliche herauszugeben.

In der Diskussion um die Kampagne kam vor allem die prinzipielle Einigkeit im Bereich Anti-Militarismus eine Kampagne zu machen zum Ausdruck. Es gab keinen Alternativ-Antrag. Kontroverse Debatten gab es beim Kampagnenantrag vor allem um den Charakter der Offenen Anti-Kriegs-Treffen und das Mittel der Unterschriftensammlung. Darüber hinaus war im Ursprungsantrag eine Jugoslawien-Rundreise im Herbst vorgeschlagen. Diese wurde jedoch aus Kapazitätsgründen gestrichen.

Der Schwerpunkt der Debatte bei der Handlungsorientierung lag im Bereich Antifaschismus. Das war gut, weil die veränderte politische Situation mit einer verschärften Rechtsentwicklung und dem Auftreten von z.B. AfD und Pegida diese Diskussion nötig macht. Hierzu wurden auf dem Kongress wichtige Erfahrungen ausgetauscht, wenn auch mit zu wenig Bezug zu unserer antifaschistischen Arbeit in den Interessenvertretungen. Im Zukunftspapier formulieren wir: „Die SDAJ sieht ihre Aufgabe darin, politische, ökonomische und ideologische Klassenkämpfe zur Abwehr des kapitalistischen Generalangriffs zu initiieren und zu führen. In Kämpfen gegen die Verschlechterungen von Lern- und Ausbildungsbedingungen ist es Aufgabe, Bewusstsein über die eigene Stärke und die Notwendigkeit von Organisation zu schaffen, genauso aber über die begrenzten Erfolgsaussichten von Kämpfen innerhalb des Kapitalismus aufzuklären. [...] Eines der wichtigsten Felder ist dabei die Interessenvertretungspolitik [...] Der Arbeit in SVen und JAVen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.“ (Zukunftspapier der SDAJ, S. 49) Daran gemessen hat unsere Interessenvertretungspolitik auf dem Bundeskongress nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt. Dem gegenüber stand ein hoher Redebedarf zu Themen, die eher unsere eigene Struktur (z.B. Sicherheitspolitik, Organisationspolitik, Mitgliederpolitik) betreffen.

Hier zeigten sich in der Debatte auch grundsätzlich unterschiedliche Positionen.

Ein weiterer wesentlicher Beschluss: Die Einrichtung einer AG Frauenpolitik im Bundesvorstand. Um die Form der AG wurde viel diskutiert, große Einigkeit bestand jedoch darin, diesem Themenfeld in Zukunft größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Nicht zuletzt, aber damit möchte ich dann schließen wollen wir den Verein SOJA weiter stärken und im nächsten Jahr erneut das Festival der Jugend in Köln am Rhein ausrichten und damit an dem großen Erfolg von 2015 anknüpfen, zu dem ja auch die DKP nicht unwesentlich beigetragen hat.

4. Tagung des Parteivorstands der DKP

4./5. Juni 2016, Hannover

Beschlüsse

Aufstehen gegen Rassismus

Der Parteivorstand der DKP unterstützt das politische Anliegen des überparteilichen Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ und ruft alle Gliederungen und Mitglieder der DKP auf, sich vor Ort offensiv in die Bündnisbewegung gegen die AfD einzubringen. Dabei lassen wir uns von der Losung „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ leiten und stellen uns gegen die Demagogie der AfD.

(Einstimmig angenommen)

Begründung:

Das Sekretariat des Parteivorstandes hat den Aufruf des Bündnisses kritisiert und nicht unterzeichnet, weil er Krieg als Fluchtursache nicht benennt und keine Verbindung zwischen Armut, Perspektivlosigkeit und der Gefahr, diese rassistisch zu instrumentalisieren, zieht. Das Sekretariat hat gleichzeitig beschlossen, die Gliederungen auf die Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene zu orientieren und dazu aufzurufen, mit dem Sofortprogramm weitergehende Positionen einzubringen.

Der Parteivorstand hat sich bis zur 4. PV-Tagung nicht kollektiv mit dem Aufruf und dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ auseinandergesetzt.

Antifa-Aktiventreffen

Die Antifa-Kommission des Parteivorstandes bereitet für den 19. November 2016 ein bundesweites Treffen der im Bereich Antifaschismus aktiven Genossinnen und Genossen vor.

(Bei 3 Enthaltungen angenommen)

Konzeption für den Arbeitsbereich „Pressesprecher der DKP“ und Wahl eines Pressesprechers

1. Allgemein

Der Parteivorstand richtet die Funktion eines Pressesprechers ein. Die Hauptaufgabe des Pressesprechers ist regelmäßig und aktuell Mitteilungen und Stellungnahmen zu politischen Entwicklungen, zu laufenden Debatten und zur Arbeit der Partei zu verfassen.

Diese Texte sollen einerseits zur direkten Veröffentlichung durch die Partei – insbesondere online – geeignet sein, andererseits als Pressemitteilungen im Namen der Partei veröffentlicht werden.

Mit diesen Pressemitteilungen wollen wir:

- Aktuelle Entwicklungen kommentieren und unsere Auffassungen agitatorisch aufbereiten.
- Die zentrale Öffentlichkeitsarbeit ergänzen. Die zentralen Pressemitteilungen unterscheiden sich in folgender Hinsicht von anderen Mitteln unserer Öffentlichkeitsarbeit (UZ, news.dkp, Flugblätter, Erklärungen des PV...): Sie bieten die Möglichkeit, kurzfristig (innerhalb von einem oder wenigen Tagen) zu reagieren. Sie sind für unterschiedliche Wege der Veröffentlichung geeignet. Sie sind offizielle Stellungnahmen der Partei.
- Unsere Zusammenarbeit mit linken Medien weiterentwickeln. In der gegenwärtigen Lage haben wir fast keine Möglichkeit, um durch eine entsprechende Pressearbeit die überregionalen bürgerlichen Medien dazu zu bewegen, über die Auffassungen der DKP zu berichten. Besonders mit der Jungen Welt, aber auch mit anderen fortschrittlichen Medien können wir jedoch besser zusammenarbeiten als bisher.

- Den Gliederungen der Partei Orientierungen bieten. Wir stellen fest, dass es in den Gliederungen ein Bedürfnis danach gibt, dass der Parteivorstand häufiger und schneller zu aktuellen Entwicklungen Stellung nimmt. Für diese Orientierung nach innen sind offizielle Pressemitteilungen der Partei ein geeignetes Mittel.

In den Monaten Februar und März sind bereits Pressemitteilungen des PV zu folgenden Themen erschienen: Zur Pogromstimmung nach den Ereignissen von Clausnitz, Lucas Zeise wird UZ-Chefredakteur, ELP-Beobachterstatus beendet, Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Hessen, Zum AfD-Ergebnis bei den Landtagswahlen, Zu den Anschlägen in Brüssel.

Diese Texte sind auf news.dkp veröffentlicht worden und überwiegend in der jungen Welt und auf redglobe berücksichtigt worden.

Die Themen der Pressemitteilungen orientieren sich an den Aktivitäten der Partei und an den beschlossenen Schwerpunkten der Parteiarbeit. Im Mittelpunkt sollen deshalb Themen aus den Bereichen Antimilitarismus, Antifaschismus, Betrieb und Gewerkschaft und Kommunalpolitik stehen. Die Pressemitteilungen begleiten überregional relevante Aktivitäten der Partei und Aktionen, an denen die DKP sich beteiligt.

Der Presssprecher ist auch Ansprechpartner für die Medien und gibt auf Anfrage mündliche Erläuterungen und Erklärungen ab. Im Zweifelsfall verweist er an eine/n der Vorsitzenden.

2. Organisatorisches

- Unser Ziel ist es, etwa einmal die Woche eine zentrale Pressemitteilung herauszugeben.
- Der Pressesprecher setzt den begonnenen Aufbau eines Presseverteilers fort.
- Die laufende Arbeit stimmt der Pressesprecher eng mit den Parteivorsitzenden ab, bei Bedarf darüber hinaus mit den Verantwortlichen für den jeweiligen Arbeitsbereich. Die Themen der Pressemitteilungen werden in Absprache zwischen den Vorsitzenden und dem Pressesprecher festgelegt. Dazu schlägt der Pressesprecher regelmäßig eine mittelfristige Themenplanung vor und setzt – auch kurzfristig – Themenvorgaben der Vorsitzenden und ggf. der Kommissionen um. Zur Auswertung und Planung der Arbeit des Pressesprechers finden alle zwei Monate Treffen mit der Verantwortlichen für Organisationspolitik, Wera Richter, statt. Das Sekretariat befasst sich regelmäßig mit der zentralen Pressarbeit.
- Die Pressemitteilungen werden vor der Veröffentlichung von einem der Vorsitzenden und den GenossInnen, die zitiert werden, freigegeben.
- Die Pressemitteilungen werden zur Kenntnis und Verwendung per Mail an die PV-Mitglieder und Bezirke mit der Bitte sie an Kreise und Gruppen weiterzuleiten gesandt.
- Der Pressesprecher nimmt als Gast an den PV-Tagungen teil. Die PV-Mitglieder und besonders die Verantwortlichen für einzelne Arbeitsbereiche unterstützen die zentrale Pressarbeit mit Hinweisen auf besonders interessante Aktivitäten in ihren Bezirken, Themenvorschlägen und Kritik zur laufenden Arbeit.

3. Personelles

Mit der Pressarbeit der DKP wird der Genosse und UZ-Redakteur Olaf Matthes aus Hessen betraut.

(angenommen bei 1 Enthaltung)

Unterstützung der SDAJ

Zur finanziellen Unterstützung der SDAJ wirbt die DKP für die Mitgliedschaft im Verein SOJA (Verein zur Förderung sozialistischer Kinder- und Jugendarbeit). Für das UZ-Pressefest setzt sich die Partei das Ziel monatliche Spenden in Höhe von 250 Euro zu akquirieren. Zur Erreichung dieses Ziels sind die Bezirke angehalten in ihren Bereichen für SOJA-Mitgliedschaften zu werben.

(angenommen bei 1 Gegenstimme)

Begründung:

Der Verein SOJA wurde erst vor einigen Monaten wiederbelebt und hat bereits jetzt ein dauerhaftes Spendenaufkommen von ca. 500 Euro pro Monat. Die SDAJ verfügt über keine finanziellen Rücklagen und muss ihre politische Arbeit weitgehend ehrenamtlich und mit geringen finanziellen Mitteln organisieren. Die Einrichtung einer 450 Euro-Stelle durch Dauerspender der DKP hat insbesondere in organisatorischen Fragen und der Arbeit mit der POSITION bereits große Wirkung gezeigt. Eine weitere Erhöhung der Dauerspender an den Verein SOJA könnte die Arbeit der SDAJ entscheidend voran bringen und insbesondere den weiteren Ausbau des Festivals der Jugend 2017 ermöglichen.

Es handelt sich bei dem Beschluss um eine Konkretisierung der Handlungsorientierung des 21. Parteitag, wo wir die Unterstützung von Soja beschlossen haben.

Maßnahmen im Bereich Jugendpolitik und Leiter der Jugendkommission

Zur Konkretisierung der jugendpolitischen Beschlüsse des 21. Parteitags der DKP beschränken wir uns zunächst auf die laufende antimilitaristische Kampagne der SDAJ und das Festival der Jugend 2017. Die Unterstützung beider Vorhaben wurde bereits auf dem 21. Parteitag beschlossen. Zur Kampagne der SDAJ wurde außerdem die Durchführung eines jugendpolitischen Ratschlags beschlossen.

Vorgeschlagene Maßnahmen:

- Festival der Jugend 2017:
 - o Zur organisatorischen Unterstützung des Festivals der Jugend und zur Gestaltung des Auftritts der DKP berät sich der Parteivorstand mit dem SDAJ Bundesvorstand
 - o Zur finanziellen Unterstützung des Festivals sammeln Mitglieder der DKP im Vorfeld vor allem mit Hilfe von Soli-Buttons Spenden
 - o Insbesondere, aber nicht nur, dort wo keine SDAJ-Gruppen existieren bewirbt die Partei das Festival eigenständig mit Flyern, Anzeigen in Kleinzeitungen und ggf. Mobilisierungsveranstaltungen unter Jugendlichen.
 - o Die DKP-Bezirke sind angehalten sich mit den Landesverbänden der SDAJ zwecks Anreise und Mobilisierung kurzzuschließen
- Stop wars-Kampagne:
 - o Der DKP Parteivorstand strebt einen jugendpolitischen Ratschlag gemeinsam mit der SDAJ am 9. Oktober in Berlin an (Hinweis: Am 8. Oktober findet in Berlin eine bundesweite Friedensdemo statt). Inhaltlich geht es vornehmlich um antimilitaristische Themen, konkreter um die Kampagne der SDAJ, unsere Aufgaben in der Friedensbewegung und die weitere Zusammenarbeit vor Ort
 - o Die Jugendkommission erstellt eine Übersicht zur Kampagne der SDAJ für die Bezirke und Gruppen und nennt mögliche Anknüpfungspunkte
 - o DKP Gruppen helfen eigenständig beim Sammeln von Unterschriften für den „Nicht in unserem Namen“-Aufruf der SDAJ
 - o DKP-Bezirke bieten SDAJ Landesverbänden Unterstützung bei Recherche und Aktionen gegen lokale Kriegstreiber an und bieten Referenten für Bildungsveranstaltungen zum Thema

Zur Umsetzung dieser und weiterer Vorhaben wird die Arbeit der Jugendkommission des Parteivorstandes wieder aufgenommen. Leiter der Kommission wird Genosse Paul Rodermund aus Baden-Württemberg.

(einstimmig angenommen)

Veranstaltung und Kundgebung zum 60. Jahrestag des KPD-Verbots**Politischer Anlass und Ziele**

Zum 60. Jahrestag des KPD-Verbots organisiert der Parteivorstand am 10. September 2016 in Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand Baden-Württemberg in Karlsruhe eine zentrale Kundgebung und eine Saalveranstaltung. Die 5. PV-Tagung (Anreise Freitag, den 9. September) findet in Karlsruhe statt, so dass sich

die PV-Mitglieder an den Aktivitäten beteiligen. Ziel ist eine Beteiligung von 200 Personen an den verschiedenen Aktivitäten.

Politische Ziele:

Nutzung des Jahrestags und der damit verbundenen zu erwartenden öffentlichen Aufmerksamkeit für die sachliche Information über

- das bis heute anhaltende und weitgehend verdrängte historische Unrecht und die politischen Hintergründe des Verbots.
- die bis heute ungesühnten Folgen und sozialen Benachteiligungen für die Betroffenen und die rechtlich-politische Lage für die KP in der BRD.
- die Auswirkungen des Verbots auf die demokratische und gewerkschaftliche Bewegung insgesamt.
- die Einordnung in die gegenwärtige Rechtsentwicklung (Erstarken der AfD bei gleichzeitiger weiterer Ausgrenzung/Ächtung der Kommunisten und der sozialistischen Linken insgesamt und erneuter Versuch der Gleichsetzung von „Rot und Braun“ im Zusammenhang mit NPD-Verbotsantrag/Demokratieabbau).
- Impuls für eine Neubelebung der Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des kalten Kriegs (IROKK) und der Bewegung für die Aufhebung des Verbots.
- Festigung des geschichtlichen Bewusstseins nach innen über die historische Kontinuität von KPD zur DKP bis heute.
- Signal in Richtung der politischen und moralischen Kontinuitätslinie von Reimann, Bachmann, Mies über Stehr bis zur heutigen DKP Führung.

2. Ablauf:

Bestandteile sind eine Kundgebung mit anschließender Demonstration und eine Saalveranstaltung. Während die Saalveranstaltung stärker historisch angelegt ist, soll insbesondere auf der Kundgebung und auch in der Mobilisierung zu Kundgebung und Demonstration die Kontinuität von Demokratieabbau, Verfolgung und Repression gegen fortschrittliche und linke Kräfte bis heute thematisiert werden. Die aktuellen Bezüge werden sich unter anderem in der Rede Patrik Köbeles wiederfinden.

Samstag, 10. September 2016

15 Uhr, Kundgebung, Platz der Grundrechte, Karlsruhe

RednerInnen

Patrik Köbele: Die Kontinuität des Kampfs von KPD und DKP gegen Militarismus, Faschismus und für ein sozialistisches Deutschland

Karin Binder, MdB Die Linke (angefragt)

Internationaler Beitrag

Kultur: Bernd Köhler (angefragt)

15.45 Uhr, Demonstration durch die Karlsruher Innenstadt

17.00 Uhr Saalveranstaltung im Walhalla

RednerInnen

Hans Peter Brenner: Das KPD-Verbot als Verstoß gegen die Freiheit der Weltanschauung, des antifaschistischen Auftrags und der Sozialisierungsoption des Grundgesetzes (15 Min)

Rechtsanwalt Schmitt-Lehrmann: Das Unrecht des KPD-Prozesses und Verbots aus juristischer Sicht (15 Minuten)

Interview von Mitgliedern der SDAJ mit Zeitzeugen und Betroffenen:

- Herbert Mies
- Willi Gerns
- Heidi Hummler
- Peter Dürrbeck (angefragt)
- Michael Czaskoszy (Betroffener von Spätfolgen, Berufsverbot/angefragt)

Abschlussworte: Patrik Köbele

Kulturelle Umrahmung: evtl. Bernd Köhler oder Band von Michael Czaskocsy

Für Grußworte/Redebeiträge auf Kundgebung, Demonstration und Veranstaltung werden aus diesem Land SDAJ und Rote Hilfe angefragt. International wollen wir VertreterInnen der KP der Ukraine, der Französische KP (alternativ KP Luxemburg) und der türkischen HDP gewinnen.

3. Werbung/Mobilisierung/Gäste

Insgesamt wollen wir 200 TeilnehmerInnen der DKP und aus dem Bündnisspektrum gewinnen. Besonders mobilisieren wir in Baden-Württemberg und den umliegenden Bezirken:

Baden-Württemberg: 100 TN

Hessen: 50

Rheinland-Pfalz/Saarland: 20

Nord-/Südbayern: 50

Auch in den anderen Bezirken wird mobilisiert. Eingeladen werden zudem unsere Bündnispartner u. a. VVN/BdA, Kasseler Friedensratschlag, Initiative gegen Berufsverbote, Gewerkschafter sowie die deutschen Sektionen der portugiesischen, griechischen und türkischen KPen.

Für die Mobilisierung gibt es einen Aufruf (Hans-Peter Brenner), Flyer und Plakat (Michael Grüß) und Beiträge in der UZ und auf news.dkp.de

4. Organisation

Veranstaltung und Demonstration werden in Zusammenarbeit mit dem Bezirk Baden-Württemberg und der DKP Karlsruhe organisiert.

(einstimmig angenommen)

75 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion heißen die Lehren: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten gedenken gemeinsam mit den anderen antifaschistischen Kräften und der Friedensbewegung des 75. Jahrestages des Überfalls der faschistischen deutschen Wehrmacht auf die sozialistische Sowjetunion am 21. Juni 1941.

Der Angriff war lange vorbereitet und beschlossen

Mit dem lange vorbereiteten „Unternehmen Barbarossa“ erreichte der von Nazi-Deutschland ausgelöste II. Weltkrieg seinen blutigen Höhepunkt. Damit vollzog sich endgültig ein Wandel im Charakter des Krieges. Durch den erzwungenen Eintritt der UdSSR in den Krieg wurde der II. Weltkrieg endgültig auf Seiten der gegen den Faschismus kämpfenden Staaten zu einem gerechten antifaschistischen Befreiungskrieg.

Die faschistischen Aggressoren betrieben einen offenen Vernichtungs- und Weltanschauungskrieg gegen die stärkste Kraft der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Partei, der KPdSU. Die geplante Beseitigung des sowjetischen Staates und die „Ausrottung des jüdischen Bolschewismus“ sollten ein für allemal den Weltherrschaftsplänen der reaktionären Teile der imperialistischen deutschen Bourgeoisie zum Durchbruch verhelfen.

Auf dem Höhepunkt der Macht des deutschen Monopolkapitals wuchs sich der „Triumph der deutschen Waffen“ zur übersteigerten Allmachtphantasie der entscheidenden Fraktionen des deutschen Großkapitals aus.

Neuaufgabe des „Ritts nach dem Osten“

Anstatt die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und sie in eine Politik des Friedens umzusetzen, verkündet die von CDU/CSU und SPD gebildete Regierung der BRD nicht nur das ehrgeizigste Aufrüstungsprogramm der letzten Jahrzehnte sondern auch den erneuten personellen Ausbau der Bundeswehr. Das neue „Weißbuch der Bundeswehr“ wird die dazu gehörige außen- und sicherheitspolitische Strategie des deutschen Im-

perialismus fortschreiben und dem neuen Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Staaten anpassen.

Bis zum Jahr 2020 sollen für über 130 Mrd. Euro modernste Waffensysteme angeschafft werden. Deutschland will...Damit soll das Vorrücken der schnellen NATO- Einsatzgruppen, darunter 4000 deutsche Soldaten, an die russischen Westgrenzen auch militärtechnisch perfektioniert werden. Die bisherige Obergrenze des Personalbestands der Bundeswehr von 185.000 Soldaten wird aufgehoben. In einem ersten Schritt sollen 7000 zusätzliche Planstellen geschaffen werden. Für die nächsten sieben Jahre ist geplant die Truppe um insgesamt 14.300 Soldaten und 4.400 Zivilangestellte aufzustocken. Deutschland will nach Aussagen seiner Kriegsministerin wieder über eine „robustere“ und schneller verfügbare Angriffsarmee verfügen.

Durch intensive und verharmlosende Propaganda für die „Modernität“, den „hohen technischen Standard“ und die „hochwertigen Arbeitsbedingungen“ der Berufssoldaten sowie vermehrte Werbeeinsätze an Schulen soll die Attraktivität des modernen Söldnertums erhöht und eine „Normalität“ vorgegaukelt werden, die die aggressive und todbringende Funktion der Bundeswehr bei ihren globalen Einsätzen verschleiert. Der Dienst in der Bundeswehr soll auf diese Weise jungen Männern und Frauen angeblich eine „zukunftssichere und moderne“ Berufsausbildung garantieren, bei der das Töten und Getötetwerden zu einer Art „Restrisiko“ auf einer ansonsten tollen Abenteuertour verniedlicht wird.

Garanten des Sieges: Einheit von Volk, Armee und Kommunistischer Partei

Die Selbstüberschätzung Nazi-Deutschlands zerschellte in den blutigsten Schlachten, die die Menschheit bis dahin erlebt hatte. In den heroischen und verlustreichen Abwehrschlachten von Brest, Minsk, Smolensk, in Belorussland, der Ukraine, auf der Krim, im Kaukasus und an der Wolga, vor dem eingekesselten Leningrad, am Stadtrand von Moskau und im Häuserkampf von Stalingrad wurde die Übermacht der faschistischen Aggressoren gebrochen.

In den verlustreichen Panzerschlachten am Kursker Bogen und in den gigantischen Kämpfen an der Wolga erzwang die Rote Armee gestützt auf den heldenhaften Kampf und die Opfer- und Einsatzbereitschaft der Bevölkerung die endgültige Wende des Krieges.

Die vom Oberkommando konzipierten und in die Kriegsgeschichtsschreibung eingegangenen 12 Großoffensiven der Roten Armee zwangen die Elitearmeen des deutschen Imperialismus und seine Verbündeten in die Flucht. Der „Große Vaterländische Krieg“ brachte schließlich mit der Befreiung des sowjetischen Territoriums und der Befreiung Osteuropas, der Balkan-Staaten und Österreichs die entscheidende Wende des 2. Weltkrieges.

Die Einheit von Armee und Partisanenverbänden, die Einheit von Front und Hinterland unter der Führung der KPdSU, ihres Politbüros, ihres Obersten Hauptquartiers und Generalstabs: diese sprichwörtliche Einheit von Parteiführung, Staatsführung und Volk entstand und wurde zusammengehalten durch die gemeinsame Überzeugung einen gerechten Krieg zur Verteidigung der Heimat und des sozialistischen Aufbaus zu führen.

Ideologisch umkämpfte Sicht auf die Geschichte

Alle Verständigungsbemühungen der UdSSR in den Dreißigerjahren, um einen Block gegen Hitler mit den Westmächten zu bilden, waren von dieser zurückwiesen worden. Mit dem Münchner Abkommen von 1938 wurde dem faschistischen Deutschland faktisch von Großbritannien und Frankreich das Tor nach Osten aufgestoßen.

Die sowjetische Führung machte sich keine Illusionen über die Ziele des faschistischen Deutschlands. Sie wusste schon beim Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags von August 1939, dass der Überfall kommen würde, aber sie wollte und musste alle Möglichkeiten nutzen um die Umstellung ihrer Industrie auf die Modernisierung, die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen.

Doch die Dauer der Atempause reichte trotz intensivster und geradezu heroischer Anstrengungen nicht aus um den technologischen und quantitativen Vorsprung der modernsten Angriffsarmee der damaligen Zeit wettzumachen. Außerdem kam es zu organisatorischen Unzulänglichkeiten und Mängeln bei der Vorbereitung auf den von der sowjetischen Führung erwarteten Überfall.

Hinzu kamen Mitte der 30er Jahre Fehler und zum Teil grobe Fehlentscheidungen im Kampf gegen echte und auch nur vermeintliche Angehörige einer „5. Kolonne“ in Armee, Partei und Staatsapparat, die die Kampfkraft des Landes objektiv schwächten. Auch eine gewisse Unterschätzung der Brutalität, Heimtücke und Wortbrüchigkeit des faschistischen Regimes in der unmittelbaren Vorkriegsphase begünstigten die Anfangserfolge der Aggressoren.

Dies ändert jedoch alles nichts an der historischen Größe des Sieges der sozialistischen Sowjetunion über das mörderische deutsche faschistische Regime.

Wir lehnen daher nicht nur die objektive Gleichsetzung von Aggressor und Opfer durch diejenigen ab, die sich vorrangig an der antikommunistischen Totalitarismus-Theorie orientieren.

Wir wissen: Der Blick auf die Geschichte ist immer von Klasseninteressen geprägt und der Kampf um das Gedenken ist zugleich immer ein Kampf um die Gestaltung der Zukunft. Und es sind die Mächtigen und Sieger der Geschichte, die die Geschichte so schreiben und interpretieren lassen, wie es ihnen ins Herrschaftskonzept passt.

Für uns gilt auch heute die Mahnung der programmatischen Erklärung des ZK der KPD vom 11. Juni 1945:

„Euch allen, Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes. Euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren. Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns.“

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers – das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten!“

Wer keine Lehren aus diesem Irrweg der deutschen Geschichte zieht, ist dazu verurteilt ihre Fehler zu wiederholen. Und die herrschende Klasse in Deutschland arbeitet stark daran, ihre alte auf Eroberung- und Machterweiterung abzielende Osteuropa-Politik auch gegenüber dem post-sozialistischen, kapitalistischen Russland neu zu beleben.

Die Lehren für heute

Nationalismus, Chauvinismus, Herrenvolkmentalität und die Suche nach den „Sündenböcken“ für soziale und politische Ungerechtigkeiten, für die Minderheiten und „Fremde“ verantwortlich gemacht werden, sind auch heute die vergifteten Denkweisen und Stereotypen, mit denen die politisch eigentlich Verantwortlichen für Not, Krieg, Umweltzerstörung und Flucht diese Verschärfung der Aggressivität nach außen verschleiern wollen.

Rechte Demagogen, Ultrakonservative und Faschisten sowie die Mehrheit der vom Großkapital beherrschten und gesteuerten Medien schüren Existenz- und Zukunftsängste, sie missbrauchen soziale Zukunftsängste und lenken diese um in Ablehnung und wachsende brutale Gewalt gegenüber denen, die aus tiefster Not nach Europa fliehen.

Wie die DKP in ihrem neuen „Sofortforderungsprogramm“ belegt, sind es aber die deutschen und internationalen Großkonzerne und Banken, die NATO, die Rüstungsmonopole und Waffenexporteure, die für die weltweit 60 Millionen Flüchtlinge verantwortlich sind. Ihre politischen Sachwalter, sei es in Washington, London, Paris, Berlin oder Brüssel bedienen sich wie vor 75 Jahren der sozialen Demagogie und der Verhetzung um dies zu vertuschen.

Die Spaltung der Werktätigen, der Arbeiterklasse in Fremde und Hiesige hat damals wie heute dasselbe Ziel: die eigentlichen Verursacher und Profiteure der Krisen, die Milliardäre und Multimillionäre, aus der Kritik zu nehmen und die immer tiefer reichende Spaltung der Gesellschaft in die kleine Schicht der Superreichen und Reichen und das wachsende Heer der Armen, der Dauerarbeitslosen, der sozial Verunsicherten und Ausgegrenzten zu vernebeln.

Dagegen richten wir uns mit unserem neuen „Sofortprogramm“; in ihm sagen wir heute ganz bewusst: Unser Gegner ist nicht „der Fremde“, nicht „der Russe“ und nicht „der Moslem“. Unser Gegner sind der kapitalistische Imperialismus, Militarismus und Faschismus.

Frieden, Arbeit, ausreichender und finanzierbarer Wohnraum für alle, massive staatliche Investitionen für Bildung, soziale Gerechtigkeit und für ein Leben ohne Angst vor Armut und in Würde müssen gemeinsam von zu uns Fliehenden und von der einheimischen Bevölkerung solidarisch erkämpft werden.

Die Lehren des II. imperialistischen Weltkrieges und des Überfalls auf die Sowjetunion sind nicht veraltet und für uns Kommunistinnen und Kommunisten nicht vergessen.

Sie heißen: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Und sie heißen jetzt und heute: Frieden mit Russland!

(einstimmig angenommen)
